

Kinder- und Jugendpolitik

Florian Dallmann

„Bürgerschaftliches Engagement“ – zwischen Enteignung der Zivilgesellschaft und Diktatur der Apparatschiks

Spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ (Enquete-Kommission, 2002) hat die Diskussion um die Förderung des freiwilligen Engagements eine erhebliche Belebung erfahren. Politik, Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen bemühen sich darum, durch Impulse und Innovationen diese für eine lebendige Zivilgesellschaft notwendige Aktivität ihrer Bürger(innen) zu befördern und zu stärken. Allerdings geht mit dieser positiven Entwicklung eine wachsende Diffusität einher und es drohen Grenzen zu verwischen, die bislang den eines subsidiär geordneten sozialen Sektors (oder anders „Dritten Sektors“) markierten.

Jugendverbände konstituieren sich freiwillig, selbst bestimmt und ehrenamtlich. Sie könnten also von der Konjunktur des „bürgerschaftlichen Engagements“ profitieren. Gleichzeitig sind sie wertorientierte, intermediäre Organisationen junger Menschen. Von daher ist die Frage des staatlichen Handelns im öffentlichen Raum für sie existenziell. Jugendverbände stehen einerseits exemplarisch für den gesamten zivilgesellschaftlichen Bereich. Andererseits müssen auf (ihre) Erwachsenenorganisationen einwirkende Entwicklungen sie ebenfalls in unmittelbarer oder vermittelter Weise betreffen. Dieser Beitrag will eine Bewertung dieser Entwicklungen aus Jugendverbandsperspektive leisten.

Das Ehrenamt lebt, aber es hat sich gewandelt



Florian Dallmann,
aej-Referent
für Kinder- und
Jugendpolitik.

Die Legende vom „Tod des Ehrenamtes“

In den Jugendverbänden war und ist die Diskussion um das „bürgerschaftliche Engagement“ geprägt von einem unaufhebbar erscheinenden Dualismus zwischen „klassischem Ehrenamt“ und „postmodernem, freiwilligem Engagement“. Dem Ersteren wurden dabei Merkmale wie Verbindlichkeit, Langfristigkeit, Verantwortlichkeit, Altruismus und Strukturbezogenheit zugeordnet. Prototyp der Jugendverbände wäre etwa der/die langjährige Jugendgruppenleiter(in). Demgegenüber schien das „freiwillige Engagement“ geprägt von Spontaneität, Unabhängigkeit, Kurzfristigkeit und starken Eigeninteressen. Ein (bereits arg strapaziertes) Beispiel wäre die Jugendinitiative, die sich für eine Skaterbahn oder einen Bolzplatz engagiert. Dieser Dualismus verweist auf die obsolet gewordene Debatte um die „Krise des Ehren-

amtes“. Die Anfang der neunziger Jahre etwa von Burkhard Müller (vgl. Müller, 1991) vorgetragene These des „Abschiedes vom Ehrenamt“ in den Jugendverbänden hat sich mittlerweile als eine massive Fehlprognose herausgestellt. Hintergrund ist, dass die scheinbar unvereinbar gegenüberstehenden Gegensätze beider oben genannten Engagementstypen sich als bei Weitem nicht so unvereinbar erwiesen haben, wie zu Beginn der Debatten vor über 15 Jahren vermutet. So hat Fischer bereits 1999 bei der Untersuchung des Organisationsverhaltens junger Menschen festgestellt, dass es traditionellen Organisationen offenbar gelingt, ihre auf Kontinuität hin angelegten Strukturen für kürzere Engagementzeiträume zu öffnen und die Last der Funktionen auf mehr Schultern zu verteilen (vgl. Fischer, 2000).

Auch eine Betrachtung des 2. Freiwilligensurveys lässt aus Sicht des Verfassers keine andere These zu, als dass der unüberbrückbar erscheinende Gegensatz zwischen kontinuierlicher Struktur und projektbezogenem Engagement in Wirklichkeit alles andere als unüberbrückbar ist (vgl. Picot, 2005). Unbestreitbar ist die Tendenz zu kürzeren und unverbindlicheren Engagementformen. Ohnehin ist aus politischer Perspektive zu fragen, ob dies persönlichen Präferenzen junger Menschen, die sich nicht mehr fest an eine Organisation binden wollen, oder lediglich Zwängen durch wachsenden Leistungsdruck und Mobilitätsanforderungen geschuldet ist. Gleichzeitig wächst jedoch das Engagement in den traditionellen Großorganisationen, etwa in der Kirche, den Schulen oder auch im Bereich der Kin-

der- und Jugendarbeit. Ein Hinweis auf die Vereinbarkeit von Eigeninteresse und altruistischen Motiven ist etwa in der offensichtlichen Vereinbarkeit wachsender „Lerninteressen“ durch Engagement mit gleichzeitiger wieder erhöhter Kirchenbindung junger Menschen zu vermuten. Schön nachgezeichnet haben diese These Beher, Liebig und Rauschenbach, wenn auch ein empirischer Nachweis noch aussteht:

„Beim jetzigen Stand der empirischen Forschung lässt sich (...) der Strukturwandel des Ehrenamtes im Jugendverband nur in Ansätzen sichtbar machen und plausibilisieren.“

(BEHER, LIEBIG UND RAUSCHENBACH, 2000)

Demgegenüber muss noch festgehalten werden, dass das (nie so recht greifbare) „ungebundene Engagement“ abseits von Strukturen nicht von zahlenmäßiger Bedeutung ist: Im Jugendbereich sind gerade mal 3 Prozent der Engagierten hier aktiv (vgl. Picot, 2005; nach dem [Deutschen Jugendinstitut-], „Jugendsurvey 3“ ist der Wert sogar nur mit 1 Prozent anzusetzen, vgl. Gille et al., 2006), während die klassischen Bereiche einer vielfachen Zahl an Engagierten die Grundlage für ihr Engagement bieten. Die immer wieder argumentativ in die Debatte eingebrachten „nicht organisierten“, aber engagierten Jugendlichen stellen sich in dieser Perspektive nahezu als das Phantom dar, das viele in ihnen schon immer vermuteten.

Für Jugendverbände bedeutet dies die Bestätigung, dass ihre Grundprinzipien durch die aktuellen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse nicht infrage gestellt werden.

Gleiches dürfte auch für Erwachsenenorganisationen gelten. Allerdings bedeutet dies die – bislang jedoch offenbar gut vorgenommene – kontinuierliche Anpassung der organisationalen Rahmenbedingungen auf neue Bedürfnisse und Engagementformen in einem möglicherweise latenten Prozess, der im Widerspruch zur offiziellen „Dogmatik“ des hohen Lobgesanges auf das klassische Ehrenamt steht, (siehe oben).

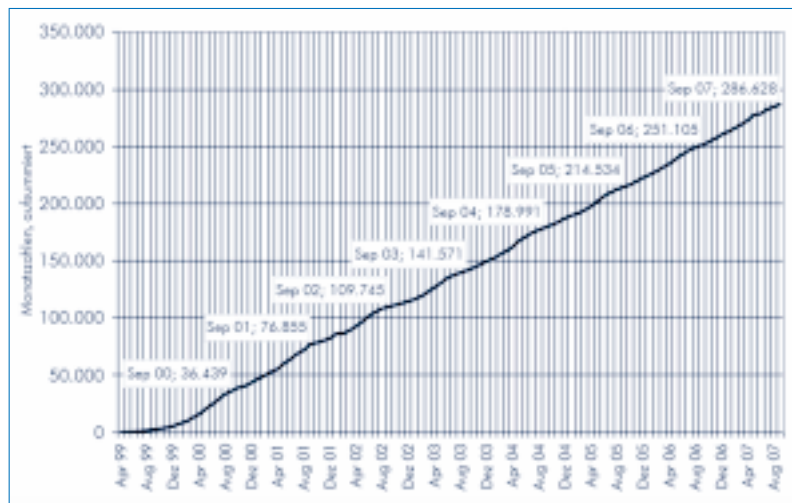
„Engagement“ gleich „Engagement“?

Häufig ist vor diesem Hintergrund festzustellen, dass sehr unterschiedliche Formen und Motivationen von und für Engagement quasi „in einen Topf“ geworfen und in der Konsequenz auch undifferenziert behandelt werden. So stellt die Bertelsmann Stiftung fest: *„Ob nun Ehrenamt, gemeinwohlorientierte öffentliche Arbeit, Selbsthilfe, Bürger- oder Freiwilligenarbeit, politisches, soziales, bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen: Für das Spektrum von Bürger- oder Zivilgesellschaft, Ehrenamt oder sonstigen Funktionen, freiwilliger Arbeit, Engagement in Vereinen oder anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie innerhalb bürgerschaftlicher Projekte, Initiativen und sonstiger Gruppen existiert in Deutschland weiterhin kein allgemein gebräuchlicher integrativer Begriff.“*

(BERTELSMANN STIFTUNG, 2004)

Abbildung 1: Entwicklung der ausgestellten JuleiCas

(Deutschland insgesamt; Angaben in Monaten; Stand: September 2007; Angaben in absolut)



Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu den Jugendleiter(inne) mit einer JuleiCa (Stand: September 2007); zusammengestellt und berechnet von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Wibke Riekmann, die in Hamburg Lernpotenziale des Engagements in Jugendverbänden erforscht, schildert unter Hinweis auf eben diese Feststellung eine für die aktuelle Diffusität mehr als typische Situation, in der jedoch auch gleich die politischen Konsequenzen am Horizont aufschimmern (vgl. Riekmann, 2006).

„Ich finde [...], dass wir in diesem Durcheinander überhaupt nicht mehr wissen, wovon wir reden. Der Höhepunkt dieser Begriffsverwirrung war für mich eine Wahlkampfveranstaltung mit Heide Simonis [...] mit dem Landesjugendring Schleswig-Holstein. Das Wort Ehrenamt wollte sie nicht mehr gebrauchen, das sei ihr zu verstaubt, dann wollte sie wohl ‚bürgerschaftliches Engagement‘ oder Bürgerarbeit sagen, da hat sie sich aber versprochen, dann kam ihr Zivilgesellschaft in den Sinn, aber wie heißen die Leute, die sich in der Zivilgesellschaft engagieren? Als sie dann von gesellschaftlich engagierten zivilen Helfern sprach, konnten sich doch einige Menschen das Lachen nicht verkneifen und im weiteren Gespräch über das Ehrenamt in Jugendverbänden wusste nun auch der Landesjugendring-Vorsitzende nicht mehr, was er sagen sollte. Dies erzähle ich [...] weil ich dafür plädieren möchte, dass wir, wenn wir von der Förderung der Demokratie im Speziellen und nicht nur allgemein von Zivilgesellschaft reden, wissen sollten, worüber wir reden. Denn ein Engagement fördert zwar meistens den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, aber trägt nicht unbedingt konstitutiv zur Demokratie bei“ (RIEKMANN, 2006).

Hier wird die Problematik deutlich: Die Neigung, unterschiedliche Engagementbereiche und Engagementformen „über einen Kamm zu scheren“, vernachlässigt die Beurteilung ihrer gesellschaftlichen Funktionen und Leistungen. Wolfgang Maaser stellt fest, dass die bürgerschaftlichen Aktivierungskonzepte häufig utilitaristische Züge tragen: *„Konzeptionell steht zumeist nicht das Engagement für andere im Vordergrund,*

Jugendverbände als die Gewinner der gesellschaftlichen Entwicklung?

Von der Begriffsverwirrung zur Aushöhlung der Gemeinwohlorientierung

Abbildung 2: Mitgliedschaften in traditionellen Organisationen und Verbänden 1992, 1997 und 2003 (in Prozent) – 16- bis 29-Jährige –

Mitglied*	1992	1997	2003
Gewerkschaften	17	7	8
Berufsverbände	4	3	4
politische Parteien	2	3	2
kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	9	6	8
Wohlfahrtsverbände	1	2	1
Heimat- und Bürgervereine	2	8	10
Jugend- und Studentenverbände	5	5	5
Sportvereine	35	31	36
sonstige gesellige Vereinigungen	8	10	9
Bürgerinitiativen	2	1	1
andere Vereine/Verbände	8	7	9
Mitglied in mindestens einer Organisation	58	49	57

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: „Es gibt ja viele Möglichkeiten, sich in der Freizeit zu engagieren. Eine dieser Möglichkeiten ist es, Mitglied zu sein in einer Organisation, einem Verband oder einem Verein. Sehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir zu jeder Organisation, jedem Verband, jedem Verein, ob Sie dort Mitglied sind.“

Erst Engagement schafft die Werte, von denen der Staat lebt

obwohl dies die Begriffskonnotation nahe legen könnte“ (MAASER, 2006). In der Tat sind Differenzierungen schwierig. Was unterscheidet

- den Leiter einer Jugendgruppe, der eine Skifreizeit für seinen Jugendverband durchführt, von
- einer studentischen Clique, für die ein Mitglied den gemeinsamen Skiurlaub organisiert, und
- von einer losen Gruppe, die sich zur gemeinsamen Buchung bei einem Reisebüro verabredet und statt Engagement einfach ihr Geld investiert?

Es ist erforderlich, die jeweils spezifischen Motivationen, Bildungsaspekte und Lerngelegenheiten herauszuarbeiten, um zu einer sinnvollen Differenzierung zu kommen. Die Schwierigkeit der Differenzierung, die erheblichen Übergänge und subjektiven Deutungserfordernisse entheben die Gesellschaft jedoch nicht von der Notwendigkeit der Bewertung, wenn sie Engagementförderung betreiben will. Die mangelnde Differenzierung zwischen sozialer Aktivität und gesellschaftlichem Engagement und zwischen unterschiedlichen Engagementmotivationen und -formen ist ungeeignet, um politisch kluge Entscheidungen über die Förderung von Engagement zu treffen. Wer jede soziale Aktivität als förderungswürdig ansieht, wird letztlich jede(n) fördern müssen und damit die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Interesse vermischen. Wer die Befriedigung von Eigeninteresse an die Stelle der Gemeinwohlorientierung setzt, läuft Gefahr, die Gesellschaft zu ent-solidarisieren nach dem Motto „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht“.

Die im ersten Abschnitt dargestellten Ergebnisse zeigen deutlich, dass Engagement nach wie vor in der Motivation „für sich und andere Sinnvolles tun“ funktionierte. In der Studie „Realität und Reichweite“ wurde es als das bestimmende Motiv für Engagement im Jugendverband bestätigt (vgl. Fauser et al., 2006). Damit besteht auch überhaupt kein Anlass, aufgrund theoretischer

Individualisierungsannahmen vom Grundsatz der Allgemeinwohlorientierung abzuweichen:

Nicht die Aktivität aufgrund eines Eigeninteresses, das einen wünschenswerten gesellschaftlichen Effekt erzielt, sondern die Ausrichtung am Allgemeinwohl muss das entscheidende Kriterium für die Förderung von Engagement bleiben.

Das intermediäre Moment des Engagements in Verbänden Oder: Vom sozialen und politischen Mehrwert der Erbringung sozialer Leistungen durch gemeinnützige und intermediäre Organisationen

Ein wesentliches Spezifikum des Engagements in den Jugendverbänden ist die Verknüpfung von Wertegebundenheit, wie sie vor allem in den weltanschaulich gebundenen Organisationen zum Tragen kommt, und von intermediären Funktionen in Ebenen übergreifender Anlage. An dieser Stelle ein kleiner Exkurs zur Modernisierungsdebatte: Es wäre falsch davon auszugehen, Jugendverbände hätten „früher“ Werte und Normen traditioneller Bindungsmilieus durch Enkulturation und Traditionsvermittlung einfach weitergegeben und würden daher heute – mit der beschleunigten Erosion traditioneller Milieus – in absehbarer Zeit ihre Bedeutung verlieren. Vielmehr korrespondieren die zentralen Merkmale der Jugendverbände wie ihre Eigenständigkeit, die selbstbestimmte Selbsttätigkeit ihrer Mitglieder und der komplexe Ressourcenaustausch mit ihren Erwachsenenorganisationen in einem so hohen Maße mit der Funktion der Transformation und Neuschöpfung von Werten und Normen, dass zumindest zu vermuten ist, dass die Merkmale sich in der Entwicklung der Jugendverbände deshalb so deutlich ausgeprägt haben, weil erst durch sie diese Funktionen erfüllt werden konnten. Wenn also für die Vergangenheit ein Mit- und Nebeneinander von Wertevermittlung und Wertetransformation anzunehmen ist, kann bereits ebenfalls für die Vergangenheit von einem Überwiegen der Transformationsfunktion ausgegangen werden. Im beschleunigten Modernisierungsprozess dürfte sich die Wertetransformation und -schöpfung noch deutlicher ausprägen. Haspel drückt dies so aus:

„Die Mitglieder in modernen Gesellschaften müssen sich also über die Normen, die für ihr Zusammenleben gelten sollen, in öffentlichen, in für alle zugänglichen Diskursen verständigen. [...] Vormals sakral-religiöse Begründungen von Normen werden in modernen Gesellschaften durch praktische Diskurse und das kommunikative Erzielen von Einverständnis ersetzt“ (HASPEL, 2000).

Noch deutlicher kommt dieser Gedanke bei Habermas zum Ausdruck:

„Das Diskursprinzip antwortet auf eine Verlegenheit, in die Mitglieder beliebiger moralischer Gemeinschaften geraten, wenn sie beim Übergang zu

modernen, weltanschaulich pluralistischen Gesellschaften des Dilemmas innewerden, dass [...] ihr substanzieller Hintergrundkonsens zerbrochen ist“ (HABERMAS, 1992).

In dieser Sicht kommt dem Engagement in intermediären Organisationen eine zusätzliche Bedeutungsebene zu, die über die in der direkten Interaktion angelegte Zielorientierung hinausgeht: Im intermediären Zusammenhang erfährt das Engagement Sinnanreicherungen durch realitätserzeugende Effekte, es wird zur Verwirklichung und Aktualisierung von Werten und macht sie damit auch in einem normativen Diskurs zugänglich. Die intermediäre Organisation fungiert dabei gleichermaßen als „Anregungsraum“ wie als sensibler Seismograf, der die sich hier vollziehenden Wertetransformationen aufnimmt, abstrahiert und in andere Organisationen oder Institutionen im politischen Raum vermittelt. Wiebke Riekmanns Plädoyer für eine Differenzierung zwischen dem demokratischen Ehrenamt und sozialem Engagement (siehe oben) findet hier seine tiefergehende Begründung.

Engagement kann niemals als eine (wert)neutrale Tätigkeit gefasst werden, es ist stets Ausdruck und Vollzug von Werten, Normen und Haltungen, die gesellschaftliche Realität erzeugen. Wenn also Engagement gefördert werden soll, muss abgewogen werden, ob und wenn ja, welche Haltungen, Werte und Normen hier indirekt „mitgefördert“ werden sollen.

Enteignung der Zivilgesellschaft?

Damit ergibt sich ein letztlich unauflösbares Dilemma. Die Förderung ehrenamtlichen Engagements erscheint aus (mindestens) zwei Gründen notwendig: Zum einen, um staatliche Aufgaben effizienter zu erfüllen, zum anderen, um dem Staat in einem umfassenden Sinne die Grundlagen seiner Existenz zu erhalten.

Eine Förderung bringt aber geradezu zwangsläufig eine Einflussnahme und Steuerung mit sich. Die Frage der staatlichen Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch staatliche Förderung im Zuge der Übertragung sozialer Aufgaben ist hinreichend diskutiert und auch polemisiert worden (vgl. Olk, 1991). Im Zuge der Diskussion um die Förderung des „bürgerschaftlichen Engagements“ gewinnt dieses Problem zusätzliche und neue Brisanz, indem der erhöhte politische Wille zur Engagementförderung (und nicht nur Aufgabenübertragung) zu staatlichen Initiativen führt, die neue Institutionen und Organisationsformen für die Engagementförderung erzeugen. Hier sind vor allem zu nennen:

- Freiwilligenagenturen als Unterstützungs- und Vermittlungsstellen,
- Bürgerstiftungen als Substituten öffentlicher Finanzierung des dritten Sektors.

Solche Einrichtungen müssen zwangsläufig mit den klassischen Trägern von Engagement und der hier integrierten Förderung von Engagement kollidieren. „[...] die Einrichtungen] müssen sich der [...] Konkurrenz mit den

Suppenküchen der Nation? „Bürgerschaftliches Engagement“ und der Abbau des Sozialstaates

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, einer der profiliertesten Streiter in Deutschland gegen die wachsende Kinderarmut, zur Rolle von „bürgerschaftlichem Engagement“ beim aktuellen Abbau des aktiven Sozialstaates:

„Bürgerschaftliches Engagement“ ist die notwendige Ergänzung staatlicher Sozialpolitik, darf aber kein Ersatz dafür werden. Zwar haben das karitative Engagement, die ehrenamtliche Tätigkeit in der ‚Bürger-beziehungsweise Zivilgesellschaft‘, wohltätige Spenden sowie das Stiftungswesen wie der Hochkonjunktur, aber nur deshalb, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht. Ginge es nach dem Mainstream, würden die meisten Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Umweltschutz-, Freizeit-, Sport- und Wohltätigkeitseinrichtungen, kurz: fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die nicht hoheitlicher Natur sind, stärker vom Kommerz beherrscht werden beziehungsweise ganz der Spendierfreude privater Unternehmen, Mäzene und Sponsoren abhängig gemacht werden. Dabei wäre es erheblich besser, sie in der Obhut staatlicher – und das heißt bei uns: demokratisch legitimerter – Institutionen zu belassen. Stiftungen, die oftmals eher Steuersparmodelle für Multimillionäre und Milliardäre darstellen als philanthropischen Motiven entspringen und sozial Benachteiligten nützen, können den entwickelten Wohlfahrtsstaat nicht ersetzen, sie dürfen ihn nur so weit ergänzen, als es der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben dient. Öffentlich kontrollierten Entscheidungsprozessen gebührt absoluter Vorrang gegenüber privaten, dem Interesse an der Imagepflege oder altruistischen Regungen geschuldeten Aktivitäten im sozialen Bereich“ (BUTTERWEGGE, 2007).

Die Konsequenzen sprengen das Thema des Beitrages, müssen jedoch zumindest angedeutet werden. Der neoliberale Abbau des Sozialstaates wird begleitet von dem erheblichen Missbrauch des Anliegen, „bürgerschaftliches Engagement“ zu fördern. Die angebliche Förderung von „bürgerschaftlichem Engagement“ wird so herangezogen für

- die (stets unzureichend bleibende) Abfederung sozialpolitischer Kahlschläge,
- die symbolpolitische Nutzung als Feigenblatt zur Kaschierung der Konsequenzen neoliberaler Wohlfahrtsstaats-„modernisierung“,
- die dilemmatische Diskreditierung zivilgesellschaftlicher Organisationen als Erfüllungsgehilfen dieser Politik. Dies ist besser bekannt als die „Herabwürdigung zu den Suppenküchen der Nation“ (so Jürgen Gohde, ehemals Präsident des Diakonischen Werkes der EKD),
- zur Legitimierung der Schaffung hochgradig abhängiger Strukturen angeblich „freier Träger“, die zur Erhöhung des Wettbewerbsdruckes, künstlichen Verschärfung ökonomischer Konkurrenzen und politischen Neutralisierung noch eigenständiger zivilgesellschaftlicher Strukturen genutzt werden können.

Als einzige Alternative für die Jugend- und Sozialarbeit bleibt die konsequente Politisierung, statt die „Suppenküchen- oder Samariterperspektive“ zu kultivieren.

etablierten Verbänden und deren Rekrutierungsstrukturen stellen“ (BEHER ET AL., 2000). Verbunden ist diese Situation mit einer erheblichen finanziellen Abhängigkeit vom öffentlichen Geldgeber. [...] Noch schwieriger ist die Lage derer, die vom ‚good will‘ öffentlicher Geldgeber und anderer Sponsoren abhängen und zurzeit noch von der Konjunktur des Themas Ehrenamt profitieren“ (BEHER ET AL., 2000).

Abbildung 3: Politische Partizipation – Bereitschaft und Aktivitäten von 16- bis 29-Jährigen (in Prozent)*

Partizipation	Bereitschaft	bereits gemacht
konventionelle Partizipation		
Beteiligung an Wahlen**	95	85
Briefe an Politiker	31	8
Spenden für politische Zwecke	23	7
(Leser-)Briefe zu politischen Themen an Medien	31	7
unkonventionelle Partizipation		
Beteiligung an Unterschriftensammlung	80	60
Teilnahme an genehmigter Demonstration	60	32
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	41	5
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	21	7

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

- Die Frage zur Bereitschaft lautete: „Angenommen, Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen beziehungsweise Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie infrage, und welche nicht?“ Die Frage zu Aktivitäten lautete: „Bitte gehen Sie alle Möglichkeiten nochmals durch. Was davon haben Sie schon gemacht, was davon haben Sie noch nicht gemacht?“
- Für dieses Item wurden nur die 18- bis 29-jährigen Deutschen berücksichtigt.

Quelle jeweils: Jugendsurvey

Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) ist eines der großen replikativen Forschungsprojekte, das im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt wird (Projekthomepage: www.dji.de/jugendsurvey). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen, die 1992 und 1997 im Feld waren, wurden jeweils zirka 7 000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (West: zirka 4 500, Ost: zirka 2 500), in der dritten Welle 2003 zirka 9 100 12- bis 29-jährige mit deutscher und nicht deutscher Staatsangehörigkeit (West: zirka 6 300, Ost: zirka 2 800).

Nachdruck aus: Wolfgang Gaiser/Martina Gille/Johann de Rijke: Zum politischen und gesellschaftlichen Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener heute – Wo und wie engagieren sich Jugendliche heute? In: DBJR (Hrsg.) Jugendpolitik, 2/2007, Berlin, 2007.

Eine solche prekäre Existenz muss notwendigerweise zu einer hochgradigen Abhängigkeit vom Staat oder Sponsoren aus der Wirtschaft führen. Solche Abhängigkeit und Konkurrenzen zu anerkannten freien Trägern ist Aktiven der Kinder- und Jugendarbeit mittlerweile an vielen Stellen in Deutschland bekannt. Sie lässt sich mittlerweile auch anhand von Einzelfällen konkret fassen und beschreiben, etwa am Beispiel der Freiwilligenagentur Halle oder des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement auf Bundesebene (vgl. Dallmann, 2006) Eine solche Abhängigkeitssituation ist jedoch

- mit der Eigenmotivation und den Selbstverwirklichungswünschen von freiwilligem Engagement auf Dauer unvereinbar,
- geeignet, die politischen und sozialen Mehrwerte des freiwilligen Engagements durch staatliche Vereinnahmung zu neutralisieren,
- leicht zu missbrauchen, um die Interessenvertretung der Zivilgesellschaft zu zersplittern und zu unterhöheln (zum Beispiel Jugendringe!) und so ihre Kraft als Gegenüber zur Politik und Verwaltung zu mindern.

Missbrauchen Politik und Verwaltung ihre im aktuellen Modernisierungsprozess höheren Einflussmöglichkeiten, führt dies zu einer Enteignung der Zivilgesellschaft durch den Staat, was ihm letztlich die Grundlagen seines Erfolges entziehen würde.

Diktatur der Engagierten?

Auch Denker kommunitaristischer Provenienz, die als die gedanklichen „Väter“ des Konstruktes „bürgerschaftliches Engagement“ gelten können, haben diese – für angelsächsische Staatswesen geradezu revolutionäre – Einsicht gewonnen. „Die Gesellschaft hat also ihre eigene Identität außerhalb des politischen Bereiches. [...] Diese Autonomie muss von der Politik reflektiert werden“ (TAYLOR, 1988).

Es besteht jedoch keinerlei Anlass, nun auf (alle) diese neuen Engagementförderstrukturen naserümpfend herabzusehen, vielmehr müssen sich alle im erheblichen Maße von staatlicher Förderung abhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen fragen lassen, inwieweit sie noch über die notwendige Unabhängigkeit vom Staat verfügen, um ihre intermediären Funktionen ausprägen zu können, und inwieweit sie nicht auch selbst zu „parafisci“, zu quasi nachgeordneten staatlichen Behörden, geworden sind.

Als Ausweg scheint zu bleiben, die Ausgestaltung dieser Bereiche – unter Einbezug der staatlichen Förderungen – schlicht den Engagierten selbst in Formen der direkten Demokratie, weitgehenden Formen der Bürgerbeteiligung und der Selbstverwaltung entsprechender Initiativen zu überlassen. Tatsächlich werden solche Modelle mit Blick auf das „bürgerschaftliche Engagement“ diskutiert (vgl. BBE, 2007). Aber kann dies tatsächlich eine Lösung sein? Barber, wohl der prominenteste Vordenker zivilgesellschaftlicher Demokratiekonzepte, verneint dies aufgrund seiner Erfahrungen im US-amerikanischen Kontext:

„Eine große Gesellschaft mit stark partizipatorischen Elementen bedeutet offenbar die Herrschaft der Menschen, die die meisten Abende dafür übrig haben. [...] Deshalb sprechen starke Argumente für eine repräsentative Demokratie: Eine zu intensive innere Partizipation würde auf eine ‚Tyrannei der Apparatschiks‘ hinauslaufen, wie wir sie schon in [...] Parteien und Gewerkschaften beobachten können“ (BARBER, 1984).

Und MacIntyre sieht für selbst verwaltete Organisationsformen „bürgerschaftlichen Engagements“ folgende Voraussetzung: „Zur demokratischen Selbstbestimmung gehört eine Organisationsform, in der klar ist, wer an den Abstimmungen beteiligt ist und wer nicht dazugehört“ (MACINTYRE, 1994).

So entsteht – gerade unter Bezugnahme auf die geistigen Väter der „Zivilgesellschaft“ und des „bürgerschaftlichen Engagements“ – ein Bild, das stark an den Aufbau des deutschen Wohlfahrtsstaates erinnert:

- Eine starke staatliche Engagementförderung, vermittelt durch unabhängige zivilgesellschaftliche Akteur(inn)e(n).
- Die selbst verwaltete Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch repräsentativ-demokratisch aufgebaute Organisationen.
- Die Zurückhaltung des Staates von zu starken inhaltlichen Vorgaben zur Wahrung der Selbstbestimmung derjenigen, die neben ihm Ressourcen in das System einbringen.

„Ausblick

Soll nun ein solcher „dritter Aufguss“ des deutschen Korporatismus auf dem Stand der achtziger Jahre das zukünftige Leitbild für die Organisation der deutschen Zivilgesellschaft sein?

Zunächst ein (etwas rechthaberisches, aber nicht substanziell bedeutsames) „Ja“. Die vorgestellten Überlegungen entlarven einige Begriffe der Debatte und viele „neue“ Ansätze als „des Kaisers neue Kleider“. Insbesondere bleibt abzuwarten, wie effizient und nachhaltig die Formen der Engagementförderung sein werden, die politisch en vogue sind. Noch kann man zweifeln, ob hier tatsächlich neue Potenziale erschlossen werden können oder ob eine Umstellung der Praxis der bisherigen Akteur(inn)e(n) die aktuellen Lücken effizienter schließen kann.

Im Zentrum der Antwort muss jedoch ein deutliches „Nein“ stehen: In den sich langsam abzeichnenden Konturen der „Bürgergesellschaft“ bedeutsame Akzentverschiebungen zeigen:

Die Konturen der „Bürgergesellschaft“ zeichnen sich ab. Mitbestimmung, eigene Ressourcen, Vielfalt

- Die Bedeutung des persönlichen (und auch materiellen) Engagements des Einzelnen hat an Wert gewonnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden sich zukünftig stärker daran messen lassen müssen, wie offen sie für Engagement, Initiative, Partizipation und Mitbestimmung sind.
- Dies betrifft insbesondere auch die Frage, welche eigenen Ressourcen sie tatsächlich für das Allgemeinwohl einbringen können.
- Die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Akteur(inn)e(n) und der „Engagementförderer“ ist bunter geworden. Nach einigen Startschwierigkeiten zeigen auch neue Organisationen ihren Wert und neue Arbeitsfelder ihre Berechtigung. Die klassischen Träger müssen sich hierauf einstellen, und zwar im Sinne gesunden Wettbewerbes ebenso wie hinsichtlich neuer Partnerschaften und zusätzlicher Ressourcen.

Für die Jugendverbände – und damit auch für die Evangelische Jugend – wäre eine solche Perspektive zu begrüßen, denn viele Voraussetzungen der Jugendverbände würden so aufgewertet und gestützt. Die Tendenz zur politischen Verknüpfung von „bürgerschaftlichem Engagement“ mit dem Um- und Abbau des Sozialstaates bedarf der wachsamsten Beobachtung und nachdrücklichen Abwehr. Noch ist die Auseinandersetzung über eine sinnvolle Integration neuer Ansätze unter dem Stichwort „bürgerschaftliches Engagement“ und auch die Modernisierung beziehungsweise Adaption bewährter Strukturen der Selbstverwaltung nicht ausgestanden – nicht auf Bundesebene und erst recht nicht in den Ländern und Kommunen, in denen dieses Thema teilweise erst jetzt aktuell wird:

„Zwischen den Polen dieses Spannungsfeldes wird die Zukunft des „bürgerschaftlichen Engagements“ vermutlich noch längere Zeit schwanken: Instrumentalisierung von Bürgern für staatliche Zwecke versus gesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns für die Bürger“ (BRAUN, 2007).

Die Jugendverbände dürfen sich den hier stattfindenden Kontroversen nicht entziehen, sie müssen vielmehr

Literatur:

- Barber, 1984: Barber, Benjamin, *Starke Demokratie*; Berkeley 1984.
- BBE, 2007: *Bundessnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Impulse für eine zukunftsfähige Zivilgesellschaft*; Berlin 2007.
- Beher, Liebigh und Rauschenbach, 2000: Beher, Karin; Liebigh, Reinhard; Rauschenbach, Thomas, *Strukturwandel des Ehrenamtes, Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess*; Weinheim 2000.
- Bertelsmann Stiftung, 2004: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *„Politische Partizipation in Deutschland“*; Gütersloh 2004.
- Braun, 2007: Braun, Sebastian, *Der engagierte Bürger*, in: DBJR (Hrsg.), *Jugendpolitik, Fit für die Bürgergesellschaft*, Heft 2/07; Berlin.
- Butterwegge, 2007: Butterwegge, Christoph, *Der gesellschaftliche Wandel und seine Auswirkungen auf die Wohlfahrtsverbände und Soziale Arbeit*, in: erev (Hrsg.), *Jugendhilfe des Wandels – aktiv oder reaktiv*; Hannover 2007.
- Enquete-Kommission 2002: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission, *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*; Opladen 2002.
- Fischer, 2000: Fischer, Arthur, *Jugend und Politik*, in: Münchmeier, Richard (Hrsg.), *Jugend 2000*, 13. Shell Jugendstudie; Opladen 2000.
- Gille et al., 2006: Gille, Martina; Sardei-Biermann, Sabine; Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann: *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*; Wiesbaden 2006.
- Habermas, 1992: Habermas, Jürgen: *Erläuterungen zur Diskursethik*; Frankfurt am Main 1992.
- Haspel, 2000: Haspel, Michael: *Sozialethische Aspekte politischer Bildung in der Evangelischen Jugend*, in: Freitag, Michael; Grubauer, Franz (Hrsg.): *Evangelische Ethik, gesellschaftliches Handeln und politische Bildung*; Hannover 2000.
- Maaser, 2006: Maaser, Wolfgang: *Der Aktivierungsdiskurs der Verantwortung*, in: *neue praxis* 1/06; Lahnstein.
- Macintyre, Alasdair, zitiert nach: Reese-Schäfer, Walter, *Ästhet, Manager und Therapeut als Charaktermasken*; Frankfurt/New York 1995.
- Müller, 1991: Müller, Burkhard, *Abschied vom Ehrenamt*, in: Böhnisch, Lothar, Gängler, Hans; Rauschenbach, Thomas, *Handbuch Jugendverbände*; Weinheim 1991.
- Münchmeier, 2006: Fauser, Katrin; Fischer, Arthur; Münchmeier, Richard: *Jugendliche als Akteure im Verband, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Jugend im Verband, Band 1*; Opladen 2006.
- Olk, 1991: Olk, Thomas: *Jugendverbände im Neokorporatismus*, in: Böhnisch/Gängler/Rauschenbach (Hrsg.), *Handbuch Jugendverbände*; Weinheim 1991.
- Picot, 2005: Picot, Sibylle: *Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Zeitvergleich, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*; München 2005.
- Riekman, 2006: Riekman, Wibke, *Was ist Jugendarbeit?, unveröffentlichter Vortrag auf dem Kolloquium des Berliner Jugendringes*; Berlin 2006.
- Taylor, 1988: Taylor, Charles, *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*; Frankfurt 1988.

die Debatte aufgreifen und prägen. Für sich selbst müssen sie Neues prüfen und gegebenenfalls integrieren. Mit neuen Akteur(inn)en ist die Auseinandersetzung zu suchen und Bewährtes zu teilen. Dazu gehört auch, ihnen die „politische Welt zu erklären“. Alle versteckten und offenen Attacken zur weiteren politischen Schwächung zivilgesellschaftlicher Organisationen, zur Aushöhlung eines subsidiär gestalteten Dritten Sektors und zum neoliberalen Abbau des Sozialstaates müssen sie in ihrem eigenen Interesse und im Interesse junger Menschen als solche brandmarken und ihnen entgegentreten.

KEINE POLITISCHE SCHWÄCHUNG!
KEINE AUSHÖHLUNG DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS!
KEIN WEITERER SOZIALABBAU!